EMIL

August 2011

Eimsbüttel mit Links. Informationen **DIE LINKE.** Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Wer ist EMIL?

EMIL ist kein Eimsbüttler Original, kein linkes Fraktionsmaskottchen und auch nicht der nette Erstklässler rechts im Bild sondern eine Abkürzung:
EiMsbüttel mIt Links.

Dieser Titel für die neue Fraktionszeitung der Eimsbüttler LINKEN ist als Gewinner aus einem internen Titelwettbewerb hervorgegangen und – wir finden ihn gut!

Künftig wird die Fraktionszeitung alle drei Monate herausgegeben und zum Inhalt Aktuelles aus der Bezirksversammlungspolitik aufnehmen.

Wer sich für linke Positionen interessiert, kann unsere Standpunkte, Argumente und Alternativen auf den Prüfstand stellen.

**Fraktion DIE LINKE.
in der Eimsbüttler
Bezirksversammlung**

Foto: BA Archiv

Wohnungsbauvertrag für Hamburg
Seite 4

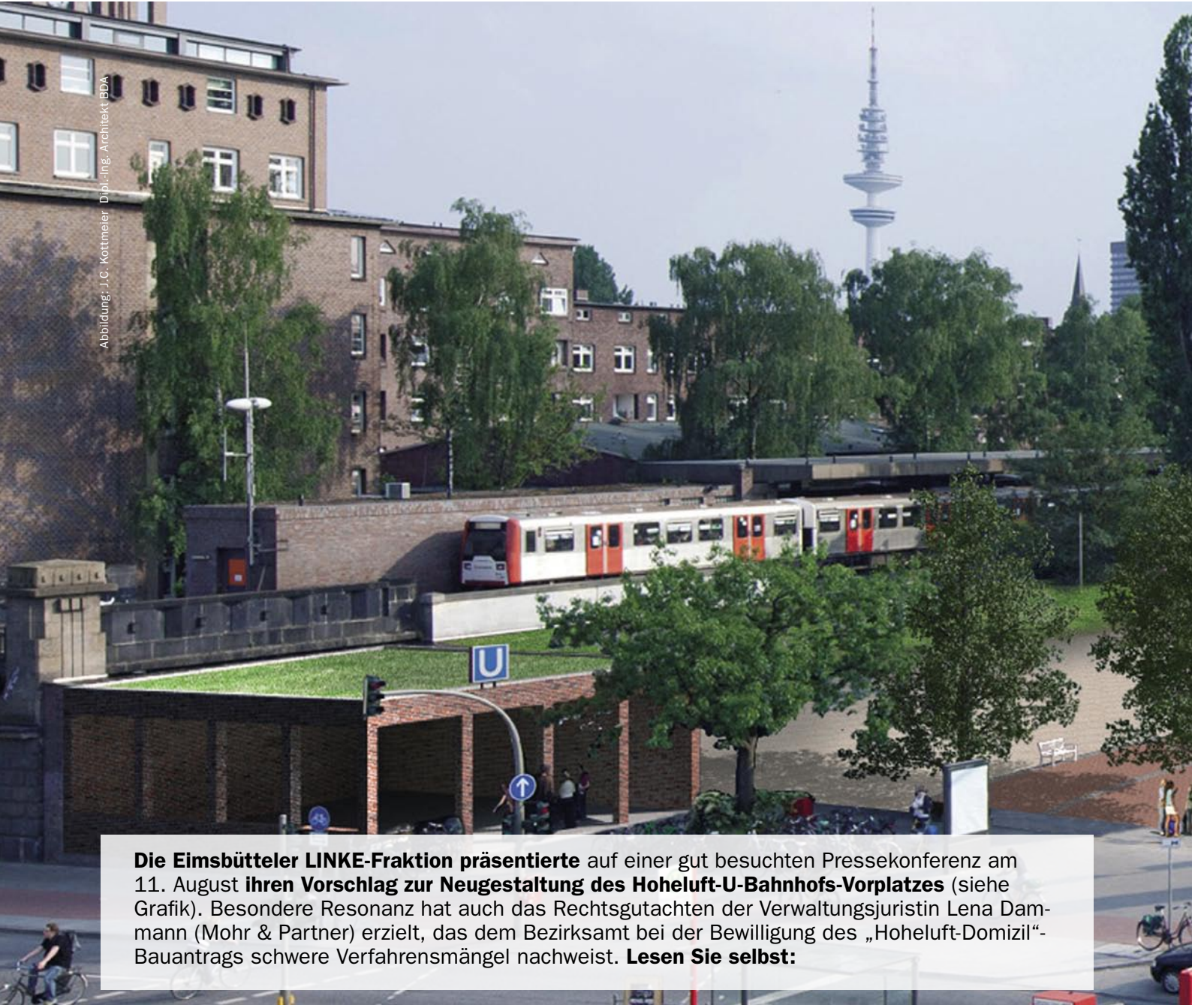


Abbildung: J.C. Kottmeier Dipl.-Ing. Architekt BDA

Die Eimsbütteler LINKE-Fraktion präsentierte auf einer gut besuchten Pressekonferenz am 11. August **ihren Vorschlag zur Neugestaltung des Hoheluft-U-Bahnhofs-Vorplatzes** (siehe Grafik). Besondere Resonanz hat auch das Rechtsgutachten der Verwaltungsjuristin Lena Dammann (Mohr & Partner) erzielt, das dem Bezirksamt bei der Bewilligung des „Hoheluft-Domizil"-Bauantrags schwere Verfahrensmängel nachweist. **Lesen Sie selbst:**

Planungsrechtliche (Un)Zulässigkeit

Kurzfassung Rechtsgutachten von Lena Dammann, Mohr Rechtsanwälte Partnergesellschaft

Im Rahmen eines Rechtsgutachtens, das die Bezirksfraktion DIE LINKE in Eimsbüttel bei der Kanzlei Mohr Rechtsanwälte in Auftrag gegeben hat, wurde untersucht, ob die Erteilung des Bauvorbescheids für das sogenannte Isebek-Domizil durch das Bezirksamt Eimsbüttel in planungsrechtlicher Hinsicht zulässig ist.

Im Rahmen des Gutachtens wurde erörtert, welche Auswirkungen die starke Lärmvorbelastung hat. Die strategische Lärmkarte Straßenverkehr der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Stand Juni 2007) zeigt, dass für den Straßenrand der Hoheluftchaussee Lärmdurchschnittswerte zwischen 70 und 75 dB(A) tags sowie 60 bis 65 dB(A) nachts berechnet wurden. Behandelt wurde die Frage, welche Verbindlichkeit dem Baustufenplan zukommt, der das Grundstück als „geplante öffentliche Grünfläche" ausweist. Schließlich wurden die Rechtswirkungen des Bürgerbegehrens der Initiative „Hände weg vom Isebek", das eine Ausweisung der Fläche an der U Bahn als Isebek-Park forderte, die Zustimmung der Bezirksversammlung zu diesem Begehren sowie dem anschließenden erfolgreichen Bürgerentscheid geprüft.

Das Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Erteilung des Bauvorbescheids rechtswidrig ist, weil sich das Vorhaben nicht in die nähere Umgebung einfügt und die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht sichergestellt sind.

Zudem steht der Erteilung des Bauvorbescheids eine Pflicht des Bezirksamts zur Bebauungsplanung entgegen. Aufgrund der hohen Lärmvorbelastung des Grundstücks, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung überschreitet, durfte die Lösung des Lärmkonflikts hier nicht auf das nachfolgende Baugenehmigungsverfahren verschoben werden. Das grundsätzlich gemäß § 1 Abs. 3 BauGB bestehende Planungsermessen des Bezirksamts hat sich in diesem Fall zu einer Planungspflicht verdichtet.

Der erfolgreiche Bürgerentscheid sowie die Zustimmung der Bezirksversammlung zum vorhergehenden Bürgerbegehren legen zudem die Durchführung einer Bebauungsplanung nahe, um die konfligierenden Nutzungsinteressen vollständig zu erfassen, abzuwägen und miteinander in einen gerechten Ausgleich zu bringen.

Wer wir sind, was wir wollen

Hartmut Obens, Bezirksabgeordneter und Fraktionsvorsitzender 60 Jahre, verheiratet, drei Kinder, zwei Enkelkinder, IT-Projektleiter, langjähriger Betriebsrat, Mitglied in ver.di. Der in sozialen Auseinandersetzungen sehr erfahrene Gewerkschafter kämpft besonders für mehr Demokratie auf allen Ebenen. Zudem ist er aktiv in der politischen Bildungsarbeit. „Mein größtes Anliegen ist es schon immer, die Menschen zu befähigen, sich selbst für ihre Interessen einzusetzen. Ich möchte nicht nur Politik *für* die Menschen, sondern vor allem *mit* ihnen machen! Wir wollen mit dem Elan unserer Fraktion unsere Mitmenschen ermuntern, mit uns gemeinsam für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen!“.

Žaklin Nastić Bezirksabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende 31 Jahre, Geburtsort Gdingen (Polen), verheiratet, zwei Kinder, seit 1990 in Deutschland, Studium der Rechtswissenschaft und Slawistik. Die gesundheits- und behindertenpolitische Expertin macht sich seit vielen Jahren stark für die Rechte und eine bessere Versorgung behinderter Menschen. „Ich kämpfe dafür, dass die UN-Behindertenrechtskonvention nicht nur auf dem Papier steht, sondern endlich umgesetzt wird, damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen in Hamburg nicht nur ein leeres Wort bleibt. DIE LINKE ist solidarisch mit behinderten Menschen. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen!“

Astrid Dahaba, Bezirksabgeordnete Mutter eines Sohns, Bankkauffrau, Diplom-Medienkommunikatorin. Die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Fachfrau ist in Eidelstedt und Stellingen bekannt als verständnisvolle Ansprechpartnerin und hartnäckige Verfechterin der Belange der Menschen in ihren Heimatstadtteilen. „Mich macht es wütend, dass es einerseits in Hamburg so viele Millionäre gibt, wovon viele auch noch kriminelle Steuerhinterzieher sind, und andererseits die Armut immer größer wird! DIE LINKE will den wachsenden Reichtum anders verteilen und in einem ersten Schritt wenigstens die Vermögensteuer wieder einführen; dafür wollen wir hier in Eimsbüttel das politische Bewusstsein schärfen.“

Fotos: DIE LINKE. Fraktion Eimsbüttel

Wohnungsbau: Sinnvolles Ziel, fragwürdige Mittel

„Das ist ein historischer Moment für die Stadt“, sagte Bürgermeister Olaf Scholz (SPD). Eine solche gemeinsame Kraftanstrengung habe es seit Jahrzehnten nicht gegeben. Nun werde der Wohnungsbau in Schwung kommen, um die Wohnungsnot zu bekämpfen. *Von Hartmut Obens*

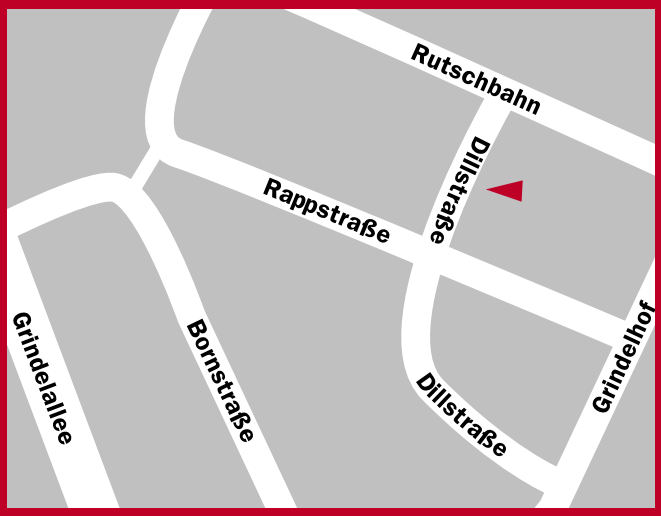
Die LINKE in Hamburg fordert seit Jahren eine solche Anstrengung, in ihrem Hamburger Wahlprogramm zur letzten Bürgerschaftswahl trat sie den Neubau von jährlich 8 000 Wohnungen in Hamburg ein. Unter dem schwarz-grünen Senat war das kein Thema, erst mit dem Antritt von Olaf Scholz, der im Wahlkampf den Bau von 6 000 Wohnungen versprach, kommt dieses für Hamburg so brenzlige Thema auf die Tagesordnung. In Hamburg fehlen bis zu 90 000 Wohnungen, die Wohnungssuche ist eine Tortur, Geringverdiener, Alteingesessene und junge Familien leider unter den durch Wohnraumverknappung bedingten Mietpreissteigerungen und werden aus den Kerngebieten verdrängt. Die Folge: Hamburg gehört zu den Großstädten mit den höchsten Mietsteigerungen, in den Kerngebieten werden die angestammten MieterInnen durch ETW-Umwandlungen verdrängt, Yuppis und Besserverdiener machen sich breit und verändern den Charakter traditioneller Kern- und Wohngebiete („Gentrification“). Eimsbüttel ist ein „Kernstück“ Hamburgs und als zentraler und „kreativer“ Bezirk bei den Besserverdienern und den von außen Kommenden attraktiv.

Im Juli wurde der Vertragsentwurf auch in der Eimsbüttel Bezirksversammlung verhandelt. Dass eine wirkliche und kritische Diskussion aber nicht gefragt war, wurde nicht nur daran deutlich, dass es keinerlei Mitarbeit der Bezirksgremien am Vertragsentwurf gab, obwohl der Autor des Papieres im Grindelberg 66 residiert. Auch die Behandlung des Themas nach bereits drei (!) geschlagenen Stunden Bezirksversammlung und die Unlust insbesondere der SPD-Fraktion, ernsthaft auf die von der LINKEN-Fraktion vorgelegten Änderungsanträge einzugehen, machen das deutlich. Die CDU gar machte einen kompletten Salto rückwärts: Aus ihrem anfänglichen „Nein“ wurde ein umstandsloses „Ja“. Die FDP plädierte unisono für den Vertrag, bietet er doch der privaten Wohnbauwirtschaft gute Geschäftsaussichten … Einzig die LINKE-Fraktion legte einen umfangreichen Änderungsantrag vor, der die größten Mängel des Vertragsentwurfes offenlegte und konstruktive Alternativen vorschlug. Entscheidender Punkt: Der Vertrag begünstigt die Gefahr eines Machtverlusts der Bezirke und die Aushebelung von Bevölkerungsentscheiden bei Bauprojekten, die zwar als Renditeprojekte interessant sind, aber Anwohnerbelange nicht berücksichtigen.

Dennoch hat die LINKE-Fraktion bei der Abstimmung nicht mit Nein gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten. Damit wird honoriert, dass die Zielsetzung des Vertrages zwar begrüßt, aber der eingeschlagene Weg und die Art und Weise seines Zustandekommens als undemokratisch und bürokratisch-zentralistisch abgelehnt wird.

Wer sich den kompletten Antrag der LINKE-Fraktion anschauen möchte: **www.linksfraktion-eimsbuettel.de/uploads/media/Vertrag.pdf**

Impressum
Herausgegeben von DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel · V.i.S.d.P.: Gerald Reichert
Dillstraße 16 · 20146 Hamburg · Telefon: (0 40) 53 26 26 76
E-Mail: emil@linksfraktion-eimsbüttel.de



Herzlich willkommen
in der Geschäftsstelle der Fraktion **DIE LINKE.** in der Bezirksversammlung Eimsbüttel! Sie finden uns in der **Dillstrasse 16** (Souterrain). Unseren Geschäftsführer Gerald Reichert treffen Sie zu den Öffnungszeiten **dienstags 15 bis 18 Uhr** und **donnerstags 9 bis 12 Uhr** sowie nach Absprache. Auch unsere Bezirksabgeordneten freuen sich, nach Terminabsprache, auf ein Gespräch mit Ihnen. Rufen Sie uns an: **(01 76) 88 05 25 74** oder **(0 40) 53 26 26 76**. Mailen sie uns: **info@linksfraktion-eimsbuettel.de.** Mehr über uns auf unserer Website: **www.linksfraktion-eimsbuettel.de.**

DIE LINKE.
Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel